
2842/J-BR/2011

Eingelangt am 05.10.2011

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Bundesrätin Elisabeth Greiderer
Kolleginnen und Kollegen

an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur
betreffend Benachteiligung von Schülerinnen und Schülern aus Tiroler Randbezirken

Spezielle Ausbildungen wie z. B. Kindergartenpädagogik, für das Fachgebiet Mode oder zum Wirtschaftsingenieur werden im Bundesland Tirol nur in Innsbruck angeboten. Um auch Schülerinnen und Schülern aus entlegeneren Regionen Tirols wie dem Außerfern oder Osttirol die Möglichkeit zu bieten, die gewünschte Ausbildung an einer solchen weiterführenden Schule zu absolvieren, bedarf es aber auch entsprechender Angebote für die Unterbringung vor Ort. Denn das Pendeln vom jeweiligen Heimatort nach Innsbruck - oft eineinhalb Stunden und mehr in eine Richtung - ist für die Jugendlichen fast unzumutbar.

Einem Bericht der „Tiroler Tageszeitung“ vom 18. September 2011 zufolge werden die letzten, offenen und begehrten Heimplätze in Innsbruck sogar verlost. Viele Bewerberinnen und Bewerber müssen mangels ausreichender Internatsplätze abgewiesen werden. Die Heimleiterin des Scheuchenstuel-Mädchenheims in Innsbruck bezeichnet die Situation als „katastrophal“. Schülerinnen und Schüler aus entfernteren Bezirken seien eindeutig benachteiligt und blieben auf der Strecke. Es kann allerdings nicht sein, dass die Bildungs- und Berufschancen junger, bildungswilliger Menschen an fehlenden Internatsplätzen scheitern.

Da es sich bei diesen Bildungseinrichtungen um Bundesschulen handelt, ist das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur dringend gefordert, hier Abhilfe zu schaffen und in ausreichender Zahl Unterbringungsmöglichkeiten für die Jugendlichen in der Nähe der Bildungsstätte anzubieten, zumal dieses Problem schon seit Jahren bekannt ist. Im Sinne der Bildungsgerechtigkeit ist es jedenfalls eine zentrale Frage, faire Bedingungen für alle Schülerinnen und Schüler, auch für jene aus abgelegeneren Regionen, zu gewährleisten.

Die unterfertigten Bundesrätinnen und Bundesräte stellen daher an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur folgende

Anfrage:

- 1) Ist Ihnen das oben geschilderte Problem bekannt? Wenn ja, was haben Sie schon getan bzw. werden Sie tun, um die Bildungschancen für Schülerinnen und Schülern aus allen Bezirken Tirols gleichermaßen sicherzustellen?
- 2) Werden Sie dafür Sorge tragen, dass dem Bedarf entsprechend die erforderlichen Unterbringungsmöglichkeiten für die Schülerinnen und Schüler in der Nähe der Ausbildungsstätte geschaffen werden?
- 3) Wann ist aus Ihrer Sicht mit einer Verbesserung der Situation zu rechnen?